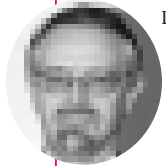


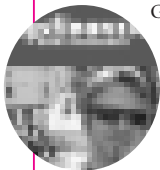
Hochschule



Die Ruhr-Universität Bochum hat einen neuen Rektor. Viel ist nicht zu erwarten, aber Erwartungen haben alle.

Seite 2

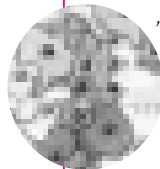
Bildung



Gegen Bildungsprivatisierung etwas ausrichten zu wollen, kann zu Resignation und Fatalismus führen. Muss es aber nicht, sagt

Seite 3

Politik



„Heute mal kein Krieg“ hieß es in der letzten Ausgabe. Ein Leserbrief dazu beschäftigt die bsz auf

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Anhörung zu Studiengebühren Gebührenpläne

Groß ist die Unsicherheit in Politik und Verwaltung geworden, ob eine Einführung von Strafgebühren für „Langzeitstudenten“ schon ab 2003 überhaupt rechtlich haltbar und verwaltungstechnisch realisierbar wäre. Zahlreiche schwerwiegende Einwände gegen die Gebührenpläne der Landesregierung wurden bei einer Anhörung am 4.11. im Düsseldorfer Landtag insbesondere seitens der SpitzenvertreterInnen der Hochschulverwaltungen geäußert. Die Politik zeigt sich stark verunsichert, und durch weitere massive Proteste läßt sich die Einführung von Langzeitgebühren noch verhindern. Wenn weiter Druck gemacht wird.

Viele Plätze blieben leer, als der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Landtags NRW Anfang November eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung über „Studienkonten und Hochschulgebühren“ abhielt. Neben Kanzlern und Rektoren einzelner Hochschulen, Vertretern verschiedener Lobby-Gruppen, darunter die offiziell zugelassene Delegation des Landesastentreffens (LAT), verloren sich nur wenige PolitikerInnen der vier Landtags-

fraktionen im Plenarsaal des Landtags. Völlig war es allerdings auf der Zuschauertribüne, wo die überwiegende Mehrzahl der „Betroffenen“ – d. h. der StudentInnen – schweigend Platz nehmen „durfte“. Draußen auf der grünen Wiese vor dem Landtagsgebäude hatten Studis der Bildung ein riesiges Grabmal errichtet. Bereits zu Beginn der Debatte verknüpfte der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz die Diskussion um Studiengebühren mit den Verhandlungen des weltweiten Abkommens zur Privatisierung von Dienstleistungen, dem bei der World Trade Organization (WTO) verhandelten General Agreement on Trade in Services (GATS). Laut GATS soll staatlich subventionierte Bildung als lästige „Konkurrenz“ privater Bildungsdienstleister ab 2005 systematisch abgebaut werden. Die VertreterInnen des LAT – darunter Mona Beumers, AStA-Referentin der RUB, betonten darüber hinaus die Verfassungswidrigkeit von Studienkonten und -gebühren, die das Grundrecht auf freien Zugang zu Bildung sowie auf freie Berufswahl einschränken würden.

Unileitungen gegen Gebühren

Aus Sicht der Fachhochschulen des Landes wurde sowohl gegen „Langzeitgebühren“ als auch gegen die Ausführungsbestimmungen



Gedenktafel für Synagoge geschändet

Der Schoß ist fruchtbar noch

Am 9. November 1938 wurden in der Pogromnacht in Deutschland 265 Synagogen sowie viele jüdische Schulen und Geschäfte in Brand gesteckt und zerstört, etwa 30.000 Menschen in Konzentrationslagern wie Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Auch die Bochumer Synagoge wurde 1938 zerstört, kurz vor dem Jahrestag der Pogromnacht wurde nun die Gedenktafel für die Synagoge durch antisemitische Spühereien geschändet.

Offensichtlich in der Nacht auf Donnerstag den siebten November wurde die Gedenktafel am Standort der ehemaligen jüdischen Synagoge durch, wie die Polizei zu vermelden wußte, „unbekannte Täter geschändet“. In welchen Zusammenhängen diese zu suchen sind dürfte klar sein, ist Bochum doch schon seit langem für seine braune Szene bekannt.

Zuletzt war vor einigen Monaten der jüdische Friedhof in Bochum mit einschlägigen Sprühereien beschmiert worden, die TäterInnen sind immer noch nicht ermittelt. In wenig schöner Regelmäßigkeit werden zudem neonazistische Angriffe auf Schwarze Deutsche, Nichtdeutsche oder Nichtsefahnte bekannt, auch hier bleiben die TäterInnen meist unbekannt. Wenn nicht, so ist fast immer von sogenannten „EinzeltäterInnen“ die Rede, wird eine organisierte rechte Szene beharrlich gelehnt.

Mahnmal ebenfalls geschändet

Nicht nur die Stätte der ehemaligen Synagoge, auch das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus im Bochumer Stadtpark wurde – vermutlich von den gleichen TäterInnen – ebenfalls in der Nacht auf den siebten November mit neonazistischen Parolen geschändet. „Soldaten sind Helden“ prangte auf dem Denkmal, zudem waren auf ihm mehrere SS-Runen angebracht worden. Gesprühte Hakenkreuze in der Umgebung sprechen die gleiche deutliche Sprache.

In der Lokalpresse wurden die Schändungen zwar erwähnt und auch in Berichten zu den Gedenk-

veranstaltungen an die Opfer der Pogromnacht war von den „neuerlichen Schändungen diverser (!) jüdischer Denkmäler“ die Rede. Große Empörung ist in Bochum allerdings bis heute nicht zu verspüren. Dies dürfte einen(n) angesichts der Tatsache, dass eine Studie der Universität Leipzig zur Aktualität antisemitischer Vorbehalte in der deutschen Gesellschaft ermittelte, dass mehr als ein Drittel der westdeutschen und ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung der Behauptung „Die Juden haben zuviel Einfluss“ zustimmen, vermutlich auch nicht all zu sehr verwundern.

„Die braune Pest geht immer noch um!“ meinte denn auch der Kantor der Bochumer jüdischen Gemeinde, der während einer Gedenkveranstaltung daran erinnerte, dass die Beschäftigung mit Pogromnacht und Antisemitismus in Zeiten antisemitischer Anschläge und mörderischer Sprühekloperei mitnichten in die historische Ablage gehört.

Auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVn-BdA) zeigte sich entsetzt über die antisemitischen und neonazistischen Schmierereien an Gedenktafel und Mahnmal, die deutlich machen, wie notwendig es immer noch ist, sich mit der nazistischen Vergangenheit intensiv auseinanderzusetzen. „Wir haben in diesem Jahr erleben müssen, dass zahlreiche Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe geschändet wurden und wie mit antisemitischen Vorurteilen

versucht wurde im Bundestagswahlkampf Stimmung zu machen“, schreibt der Bundesverband der VVN in einem Flugblatt zum 9. November 2002. Viel zu oft höre man wie auch frau im Zusammenhang mit Kritik an der Politik der israelischen Regierung Behauptungen wie die, die Juden seien selbst für die Zunahme des Antisemitismus verantwortlich. Dabei würden die Opfer zu Tätern gemacht und antisemitische Vorbehalte bestärkt, die in letzter Konsequenz zu Übergriffen, Brandstiftungen und Friedhofsschändungen führen, wie sie in den vergangenen Monaten erneut registriert werden mussten.

„Wir möchten als ein Gesellschaftsmitglied unter anderen begriffen werden“, sagte Ruth Engler von der jüdischen Gemeinde Bochum. Auf diesen Gedanken kommt aber beileibe nicht jede, oft erreichen die Gemeinde Anrufe oder Briefe, welche die israelische Politik kritisieren. Doch seien sie dafür die falsche Adresse. „Ich bin doch nicht für die Außenpolitik des Staates Israel verantwortlich, nur weil ich Jüdin bin.“, so Engler.

Fortsetzung auf Seite 2 ...

Fortsetzung auf Seite 3 ...

Großer Bruder

Zum Semesterbeginn wurde in der vergangenen Woche an der *Europa Universität Vlodina* in Frankfurt/Oder ein neuer Hörsaalkomplex eröffnet – was ja an sich nicht unbedingt auf studentischen Protest stoßen sollte, schließlich gibt es schöneres als veraltete und übervolle Hörsäle. Das es in Frankfurt trotzdem wenig Freude gab, liegt am besonderen Kennzeichen der neuen Räume: sie sind alle mit z.T. mehreren 360°-schwenkbaren Überwachungskameras ausgestattet. Deren Sinn und Zweck ist unklar, zumindest gibt die Darstellung des Technischen Personals der Uni, die Kameras dienen lediglich der Übertragung von Vorlesungen in andere Räume bzw. der Aufzeichnung dieser fürs Internet, einige Zweifel auf. Denn zum einen befindet sich immer mindestens eine Kamera im hinteren Teil des Hörsaals, weit entfernt vom Podest, aber mit gutem Blick in die Reihen der StudentInnen, zum anderen ist der Kameratyp dafür denkbar ungeeignet. Üblicherweise findet sich dieser Typ in Bahnhöfen oder anderswo und dient dort der Überwachung öffentlichen Raums, denn ihre Besonderheit liegt in der hinter einer verdunkelten Glaskuppel versteckten, schwenkbaren Linse, so dass für die Anwesenden nicht zu erkennen ist, ob sie gerade beobachtet werden oder nicht.

Im Gegensatz zu überwachten Bahnhöfen oder Innenstädten wies in der Uni allerdings nicht einmal Hinweisschilder auf die Überwachung hin – was StudentInnen zum Unmut des Unipersonals fix nachholten. Am Freitag versammelten sie sich im Atrium des Gebäudes, um mit einer Flugblattaktion auf die Kameras aufmerksam zu machen. Sie erwarten von der Uni-Leitung mehr Transparenz über die Kamera-Benutzung in ihren Gebäuden, wollen wissen was, warum, wann aufgezeichnet wird, wer die Bänder sieht und erwarten, dass die Uni die Studierenden und Gäste des Hauses über die Kameras nicht länger in Unwissenheit lässt.

Da eine Entfernung der ungeliebten Kameras zunächst nicht in Aussicht ist, griffen einige Frankfurter Studis nun zu unkonventionellen Methoden, um z.B. auch in Zukunft unerkannt vor Veranstaltungsende langweilige Vorlesungen verlassen zu können.

So tauchen zur Zeit in und an der Uni zahlreiche Werbeplakate für Sturmbauten des Typs KAMPUS PRO auf. Zitat: „Mit der KAMPUS PRO bieten wir nun auch Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, flexibel auf die veränderten Studienbedingungen in der EUV zu reagieren und dem Überwachungsstaat einen Strich durch die Rechnung zu machen.“



KonsumentInnen-Souveränität? Sklaverei?

Das *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE), ein Projekt u.a. der Hochschulrektorenkonferenz, gibt nicht auf: Nachdem erst im Mai die Pläne des CHE bekannt geworden waren, an der TU München einige gebührenpflichtige „Elitefächer“ zu etablieren, ist jetzt die TU Dresden dran. Beim Projekt an der TU München sollen Unternehmen Mitspracherecht bei der Auswahl der StudentInnen und sogar Zugriffsrecht auf die AbsolventInnen erhalten. Manche KritikerInnen sprachen deshalb von modernem Sklaventum.

Es soll eine Studienstruktur erreicht werden, so das CHE in seinen „Bommerholzer Thesen“, die „zu mehr Mitbestimmung und Verantwortung der Studierenden“ führt. Ohne konkrete Konzepte vorzulegen, behauptet das CHE, dass „auch Studienbeiträge einen ersten Impuls“ zu einer Studienstrukturreform geben könne. Wie das laut CHE aussehen soll, zeigt das von ausgewählten StudentInnen in Zusammenarbeit mit dem Centrum entwickelte „Studentische Vereinsmodell“ auf: Die StudentInnen sind Mitglied eines Fördervereins, in den sie einbezahlen. Der Verein kann durch Votum seiner Kommission das Geld an die Fakultäten auszahlen.

Der freie Zusammenschluss von studentInnen-schaften (fzs) und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) lehnen das vorgeschlagene Modell ab. Der bundesweite studentische Dachverband fzs und das ABS betonen die soziale Selektivität von Studiengebühren jeder Art. Daher fordern die beiden Verbände, endlich ein generelles Gebührenverbot ohne Ausnahmeregelungen im Hochschulrahmengesetz zu verankern.

... Fortsetzung von Seite 1

... formal und inhaltlich gegen Gebühren

durch die kurze Vorlaufzeit gegen den gebotenen „Vertrauensschutz“ gegenüber den betroffenen „Langzeitstudenten“ verstoßen werde. Indifferent äußerte sich jedoch RUB-Rektor Dietmar Petzina in der Gebührenfrage – es bleibt aber zu hoffen, dass sein am 27.11. das Rektorat übernehmender Nachfolger, Professor Gerhard Wagner, der am 7.11. im Senat der Ruhr-Uni auch mit studentischen Stimmen gewählt worden ist, Wort hält und bei seiner Position gegen jegliche Gebührenerhebung bleibt.

Stellen sich die Grünen quer?

Studi-Proteste und Kritik von (fast) allen Seiten sind auch an der Politik nicht spurlos vorbeigegangen. So distanzierte sich die bildungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Dr. Ruth Seidl, in einem einstündigen Gespräch mit StudentInnen der Ruhr-Universität Bochum deutlich von

den „Strafgebühren“-Plänen der NRW-Regierung. In einem anschließenden Interview bejahte sie ausdrücklich die Frage, ob die Forderung von Langzeitgebühren ein politischer Alleingang der SPD-Regierungsspitze, d. h. des Duos Wolfgang Clement und Per Steinbrück, gewesen sei. Auch könnten die Grünen dem Landeshaushalt 2003 nur dann guten Gewissens zustimmen, wenn Langzeitgebühren kein Thema mehr seien. Den Tenor der Landtagsanhörung schätzte Dr. Seidl so ein, dass sich nun hoffentlich die Einsicht durchsetze, dass Langzeitgebühren keinen Gewinn bringen – weder für die StudentInnen, noch für die Unis und auch nicht für den Landeshaushalt. Am Plan einer Einführung von Studienkonten ab

Wintersemester 2004/05 halten auch die Grünen weiterhin fest.

Gebührengesetz ist noch zu verhindern

Erst Mitte Dezember wird der Landtag NRW abschließend über das Gebührengesetz im Zuge der zweiten und dritten Lesung des Haushalts abschließend beraten. Noch ist aber nichts entschieden, und bis dahin können wir die Stimmung vielleicht endgültig kippen lassen – durch massiven Protest und gute Argumente. Die StudentInnenvertretungen an der Ruhr-Universität rufen deshalb für den 18. November zu einer Vollversammlung auf.

Ulrich Schröder

Nächste Demonstration gegen Studiengebühren: 23. November, 12h, Treffpunkt: Düsseldorf Hauptbahnhof.

... Fortsetzung von Seite 1

Schändung

Möller und Augstein

Das Denken jedoch offensichtlich viele Deutsche, denn Jürgen Möller sprach allzu offensichtlich vielen aus dem Herzen, als er sich ähnlich wie Martin Walser 1998 als „Tabubrecher“ selbstinszenierte. Das man endlich (wieder) sagen dürfe, was man immer schon gedacht hatte, war eine häufige Reaktion. Hierin drückte sich ein offenkundig weitverbreitetes gesellschaftliches Bewusstsein aus.

Doch Möller wurde und wird, ähnlich den rechtsradikalen „EinzelgängerInnen“, von denen – sofern überhaupt der wirkliche Hintergrund genannt wird – nach jeder neuen neonazistischen Attacke die Rede ist, als Einzelfall abgetan.



Das er in der Elite der Berliner Republik kein solcher ist, zeigt auch das Beispiel des „Spiegel“-Herausgebers Rudolf Augstein. Diesem wurde in der letzten Woche in allen Zeitungen gedacht. Kein Wort war von dem zu hören, was Augstein z.B. in Zusammenhang mit der Diskussion um die Entschädigungszahlungen für NS-ZwangsarbeiterInnen geschrieben hatte. Als „New Yorker Haien in Anwaltsroben“ hatte er von den Anwälten der ZwangsarbeiterInnen gesprochen, und damit ein ums andere Mal mehr typische antisemitische Stereotype bemüht.

Erinnern

Wer ein Zeichen gegen all dies Übel setzen will, sollte am siebzehnten November zum Friedhof Friedland kommen. Mit einer Kundgebung und Kranzniederlegung erinnert dort um elf Uhr am Friedhof die VVN an alle Opfer des Faschismus, u.a. an die Hinrichtung einer Gruppe antifaschistischer Widerstandskämpfer im Jahr 1944.

Wenn es übrigens wundert das die Gedenktafel für die alte Synagoge Bochum geschändet wurde: dies liegt schlicht und einfach daran, das es diese vierundsechzig Jahre nach der Zerstörung durch die Nazis immer noch nicht gibt. Wenn das kein Zeichen ist.

jas

Demonstration in Essen

Gedenken an Pogromnacht

Etwa 200 Menschen, darunter Angehörige lokaler Antifaschistischer Gruppen sowie Mitglieder der jüdischen Gemeinde, demonstrierten anlässlich des 64. Jahrestags der Reichspogromnacht am 10. November in der Essener Innenstadt. Aufgrund der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten wurde im Demonstrationsaufruf und in den Redebeiträgen betont, dass der Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus die Solidarität mit dem Staat Israel beinhalten muss.

Das Scheitern jüdischer Emanzipation in der Diaspora und schließlich der Holocaust hätten die Notwendigkeit bestätigt, durch die Gründung eines wehrhaften jüdischen Staates potenziell allen Jüdinnen und Juden auf der Welt einen Schutz vor antisemitischer Gewalt zu gewährleisten, so ein Vertreter aus der Vorbereitungsgruppe. Die Antifa Recklinghausen verwies in ihrem Redebeitrag auf den antisemitischen Charakter der „Al-Aksa-Intifada“, die bereits mehr als 600 Israelis das Leben gekostet habe und die durch eine beispiellose antizionistische Mobilisierung in den arabischen Nachbarstaaten Israels bis hin zur Finanzierung von Selbstmordattentaten durch

Saddam Hussein unterstützt werde.

Nach der Auftaktkundgebung zog die Demonstration zum Gebäude der Alten Synagoge, die in der Reichspogromnacht unter tatkräftiger Mithilfe der Essener Feuerwehr durch SA und SS niedergebrannt wurde. Erst vor zwei Jahren zerstörte hier ein Mob von Intifada-SympathisantInnen zahlreiche Fensterscheiben der jetzigen Mahn- und Gedenkstätte. An dieser gedachten die Demonstrationsteilnehmer und -teilnehmerinnen mit einer Schweigeminute den Opfern antijüdischen Terrors.

Auf der Abschlusskundgebung am Kardinal-Hengsbach-Platz kritisierte die Redaktion der Zeitschrift *bahamas* in ihrem Beitrag Antizionismus und Antiamerikanismus innerhalb der linken Szene. Ein Vertreter der Antifaschistischen Aktion Berlin schließlich rief zu Aktivitäten gegen den geplanten Naziaufmarsch am 17.11. in Halbe auf, wo die Kameradschaften um Christian Worch eine der größten neonazistischen Manifestationen der letzten Jahre durchführen wollen.

Nach der Demonstration zeigten sich alle sehr zufrieden. Es sei gelungen, so ein Sprecher der Vorbereitungsgruppe, mit dieser Demonstration einem Antifaschismus Gehör zu verschaffen, der die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus, vom Nationalsozialismus bis zum Antizionismus dieser Tage, berücksichtige.

StudentInnen wählen mit

Neuer RUB-Rektor

Der neue Rektor der Ruhr-Universität Bochum (RUB) ist gewählt. Obwohl Prof. Dr. Ing. Wagner mit den Stimmen der studentischen VertreterInnen im Senat gewählt wurde, stellen sich die Vertretungen der StudentInnen in den universitären Gremien und der Verfassten StudentInnen-schaft auf reichlich Konfliktpotential ein.

Die Mitglieder des AStA als uniweiter StudentInnenvertretung wollen schon bald ein Gespräch mit dem neuen Rektor führen. Besprochen werden müssen nach ihrer Ansicht vielzählige Missstände, die die StudentInnen der Ruhr-Universität Bochum extrem belasten. Dazu gehören die drohenden Studiengebühren, aber auch Probleme, die sich bereits jetzt massiv auf die Studienbedingungen und die Studierfähigkeit vieler Fächer auswirken.

„Durch die Umstellung vieler Studiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist ein strukturelles Chaos entstanden“, erklärte Verena Witte, Referentin für Hochschulpolitik im AStA der Ruhr-Universität unter Berufung auf Berichte aus fast allen Fächern der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften: „Einige Seminare und Tutorien sind mit fast 200 % der

normalen Studierendenkapazität überlastet. Sinnvolle Lerngruppen sind so vielfach nicht möglich.“ Verena Witte wies in diesem Zusammenhang auf die oftmals gravierenden Konsequenzen für die Betroffenen hin. Benötigte Scheine können nicht in dem dafür vorgesehenen Semester erlangt werden. Das kann sogar zur Folge haben, dass Abschlüsse erst später gemacht werden als vorgesehen. Verena Witte sprach in diesem Zusammenhang von einer drohenden „Studiengebührenfalle“. Auf die schlechten Studienbedingungen könnte für die Betroffenen die Bestrafung durch Gebühren für „LangzeitstudentInnen“ oder nach dem immer noch diffusen „Studienkontenmodell“ folgen.

Der AStA fordert deshalb von dem neuen Rektorat, sich schnell diesen Problemen zu widmen und sie zu lösen. Dazu Verena Witte nach vorn schauend: „Die Neuwahl des Rektors wird von uns als Chance für Verbesserungen dieser Missstände aufgefasst. Das neue Rektorat muss hier handlungsfähiger werden als das alte.“

Menschenrecht oder Ware?

Europäisierung von Bildungspolitik

Stop the GATS-Attack! ruft es von allen Seiten. Das Allgemeine Handelsabkommen GATS und die Welthandelsorganisation WTO sind zu Buhmännern für diejenigen geworden, die sich dem neoliberalen Umbau der Hochschulen widersetzen. Auch andere internationale Entwicklungen werden häufig damit per se verdammt. Dass diese keineswegs so widerspruchsfrei sind, wie manche glauben, und dass spezifische Prozesse auch Raum für potenzielle positive Veränderungen zu schaffen vermögen, führt Stefan Bienefeld aus. Der Artikel ist dem BDWi-Studienheft „Bildungsfinanzierung“, herausgegeben vom Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWi) und dem studentischen Dachverband fzs, entnommen.

Unter „Globalisierung“ wird heutzutage fast alles gepackt, was international ist und mit der Regulierung von bestimmten Aspekten menschlichen Lebens zu tun hat. Das allermeiste davon, zumal wenn es von Institutionen wie der WTO oder EU kommt, wird von vielen als „schlecht“ gebrandmarkt und damit von vornherein in eine ideologisch klar abzulehnende Ecke geschoben. Globalisierung ist allerdings kein neues Phänomen. Schon am Vorabend des ersten Weltkrieges waren die Märkte weltweit weitgehend globalisiert.

Schlagwort als Analyseersatz

Die ablehnende Haltung gilt für den Bildungsbereich meist noch stärker als für andere Sektoren, die auf internationaler Ebene diskutiert werden. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Bildung als Menschenrecht gesehen wird und der Zugang zu Bildungseinrichtungen in Menschenrechtsabkommen geregelt ist, während das etwa für Finanzdienstleistungen nicht unbedingt gilt. Die Bildung betreffenden internationalen Prozesse sind aber keineswegs eindeutig als in eine Richtung laufend und irreversibel charakterisierbar, von Widerspruchsfreiheit kann erst recht keine Rede sein. Nicht alles, was als „Globalisierung“ etikettiert wird, ist schlecht und nicht alles befördert neoliberale Reformen, wie häufig verschwörungstheoretisch betont wird.

Die internationalen Entwicklungen lassen sich in zwei große Bereiche aufgliedern: die Verhandlungen der WTO zum GATS-Abkommen und das Phänomen transnationaler Bildung (Transnational Education = TNE) auf der einen, sowie den europäischen Bologna-Prozess der Angleichung der Studienstrukturen in Europa nebst verschiedener EU-Initiativen im Bildungsbereich auf der anderen Seite.

Spaghetti Bolognese im Globalisierungsmenü?

Der Bologna-Prozess wurde 1998 mit

einer Erklärung der BildungsministerInnen von (damals) Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien begonnen und 1999 mit der Erklärung von 29 Ländern in Bologna fortgesetzt. Er umfasst mittlerweile 31 Staaten aus ganz Europa, die Mehrheit davon zum heutigen Zeitpunkt Nicht-EU-Mitglieder bzw. Beitrittskandidaten. Das Ziel des Prozesses war und ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bildungssysteme in Gänze auf dem globalen Bildungsmarkt zu erhöhen: Integration und Bezug auf außereuropäische Globalisierungsprozesse stehen dabei also in einer spezifischen Balance. Dazu wird ein ganzer Katalog von Maßnahmen vorgeschlagen: Einführung von vergleichbaren Studienstrukturen (Stichwort Bachelor/Master), Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung, erleichterte Vergleichbarkeit („Kompatibilität“) von Studienabschnitten und -abschlüssen, die Förderung der Mobilität von BildungsteilnehmerInnen und schließlich die Stärkung des europäischen Gedankens in Studieninhalten der beteiligten Länder.

Öffentliche Bildung

Im Verlauf der Debatte um die schleppende Umsetzung des Bologna-Prozesses wurden diese Themenbereiche, nicht zuletzt durch die Arbeit des europäischen Studierendenverbandes ESIB (the National Unions of Students in Europe) erweitert und der Diskurs verschoben. So bekannten sich die MinisterInnen auf ihrem Treffen in Prag (Mai 2001) zur studentischen Mitbestimmung im Prozess und zur stärkeren Berücksichtigung sozialer Ungleichheit in Europa, vor allem mit Bezug auf die Mobilität der Studierenden. Der viel kritisierte Begriff „Wettbewerbsfähigkeit“ wurde durch „Attraktivität“ ersetzt. Der stärkste Schwenk erfolgte bezüglich der Frage des Bildungsbegriffs und der Verantwortlichkeit für den Bildungssektor. So formulierte man in Prag ein Bekenntnis zum Begriff der Bildung als öffentliches Gut und zur staatlichen Verantwortung für das Bildungssystem: „They (the ministers) supported the idea that higher education should be considered a public good and is and will remain a public responsibility.“ [1]

Die Implementierung der oben angesprochenen Ziele des Bologna-Prozesses divergiert dagegen in unterschiedlichen Ländern. Während in Deutschland vor allem die Debatte über die Bachelor- und Master-Abschlüsse hohe Wellen schlug, waren in anderen Ländern vor allem die Bestimmungen zur Qualitätssicherung Steine des Anstoßes. So sind demnach sowohl Tempo als auch Maßnahmen der Reformen höchst unterschiedlich und münden keineswegs in einen geradlinigen Prozess. Was sich offenbar europaweit herausbildet, ist ein Trend zu einem Master- oder einem vergleichbaren Abschluss nach fünf Jahren. Ob der Bachelor verallgemeinerungsfähig wird, ist hingegen nicht klar ersichtlich. Im Rahmen des Bologna-Prozesses werden derzeit vor allem Qualitätsmerkmale diskutiert. Das European Network for Quality Assurance ist dazu ein wichtiges Plenum. Darüber hinaus werden zur Vor-

bereitung des ministeriellen Bologna-Folgereffens in Berlin im September 2003 noch Seminare zu den sozialen Aspekten des Bologna-Prozesses (in Griechenland) und zu studentischer Mitbestimmung (in Norwegen) stattfinden. Bei diesem sind die Studierenden in die Organisation und die Berichterstattung vom norwegischen Bildungsministerium mit einbezogen worden. ESIB wird einen eigenen Bericht über die Aktivitäten seit dem letzten Treffen in Prag 2001 veröffentlichen und auch die Hochschulen werden ihre Aktivitäten, im Wesentlichen im Rahmen der europäischen Rektorenkonferenz EUA (European University Association), darstellen und weitere Forderungen an die MinisterInnen erheben.

Flankiert wird der Bologna-Prozess von den Initiativen der EU zum Ausbau der Mobilität, so wurde im Rahmen des Mobilitätsförderprogrammes Sokrates II die Zahl der davon begünstigten StudentInnen nochmals deutlich erhöht. Die EU beschäftigt sich in ihrer ansonsten teils zu Recht, teils übertrieben kritisierten Bildungspolitik vor allem mit den Fragestellungen des lebenslangen Lernens und des Einsatzes von Informationstechnologien in der Bildung. Im Bereich des lebenslangen Lernens hat eine Differenzierung der EU-Politik stattgefunden. Auch wenn nach wie vor Begriffe wie „Beschäftigbarkeit“ (employability) und „Wettbewerb“ eine große Rolle spielen, geht es mittlerweile auch um die lebenslange Verwirklichung des Grundrechtes auf Bildung, um demokratische Werte, die ein lebenslanger Bildungsprozess vermitteln soll, und um Finanzierungsmodelle, die nicht alle Kosten auf die einzelnen Individuen abladen. Im Bereich des „e-learning“ ist die EU weit hinter den vergleichbaren Entwicklungen in Nordamerika zurück, was vermutlich auch der massiven Ungleichheit der EU-Länder im Bereich des Zugangs zu Informationstechnologie im Bildungsbereich geschuldet ist.

Dynamischer Prozess statt statischem Scheiß?

Die Entwicklung der bildungspolitischen Debatte auf der EU-Ebene zeigt zum einen den vielfach kritisierten und nach wie vor bestehenden Einfluss der Unternehmerlobby (z.B. des European Round Table of Industrialists, ERT), oder des European Services Forum, ESF; jedoch zugleich auch einen wachsenden Input durch zivilgesellschaftliche Gruppen. Dazu passt, dass das Mitspracherecht und die Konsultation der StudentInnen, aber auch der Gewerkschaften der LehrerInnen und der europäischen Rektorenkonferenz EUA in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben. Dies drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass zwischen den EU-Papieren um das Jahr 2000 und denen zu Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts erhebliche Unterschiede bestehen, die sich als politische Differenzierung einer ursprünglich recht eindimensionalen Marktgläubigkeit beschreiben lassen. Sicher ist nach wie vor eine Menge Kritik an den Initiativen der EU berechtigt, aber es sollten auch die erwähnten Verschiebungen der letzten zehn Jahre nicht ignoriert und EU-Bildungspolitik als politischer Handlungsraum begriffen werden, in dem die Ergebnisse nicht von vornherein fest stehen.

Stefan Bienefeld
(Vorsitzender von ESIB – the National Unions of Students in Europe.)

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe. Die Broschüre „Bildungsfinanzierung“ des BDWi ist am **notstand** erhältlich.

Anmerkungen:

[1] vgl.: Towards the European Higher Education Area. Communiqué of the meeting of European Ministers in charge of Higher Education in Prague, May 19th, 2001



bsztermine

Mittwoch, 13. November

Treffen des AK Aktion gegen Studiengebühren

16.00 Uhr, KulturCafé, Ruhr-Uni-Bochum

„Die Mörderin“, BRD 1998

Film innerhalb der Reihe „Geschichte ihr recht – Frauen und Justiz“.
Regie: Christian von Castelberg
19.00-22.00 Uhr, Frauenarchiv aus Zeiten, Josephinenstr. 71, Bochum

Ästhetische Mobilmachung

Informations- und Diskussionsveranstaltung: Dark-Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien. In dem Vortrag wird einer der Autoren des Buches „Ästhetische Mobilmachung“ die Entwicklung der Dark-Wave-, Neofolk- und Industrial-Szene anschaulich darstellen und analysieren. Auch jenseits des subkulturellen Spektrums stoßen diese Musikstile – oft als Musik der „schwarzen Szene“ bezeichnet – auf Begeisterung. Die extreme Rechte hat diese Entwicklung verfolgt und versucht sich dieser Szene anzunähern, mit zunehmenden Erfolg.
19.00 Uhr Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Gegenwehr

1. regionales Treffen gegen den Ausverkauf des kommunalen Eigentums (z.B. cross-border-leasing) und der Kürzungen im sozialen Bereich
19 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Donnerstag, 14. November

Der Wahn der Perfektion: Gentechnik, Biotechnologie, Patente

Ref.: Eva Bischoff. Eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs Dortmund / Bochum
19.30 Uhr, Café So & So im Langen August, Braunschweiger Str. 22, Dortmund

Gratis tanzen mit Kultur

Tanzkultur ist eine neue Veranstaltungsreihe des AStA-Kulturreferats mit wechselnden Djs. Gespielt wird: Soul, Funk, Easy Listening, Rare Grooves, Big Beat, Latin House, Drum & Bass. Eintritt frei.
ab 21 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Uni-Bochum

Freitag, 15. November

rote ruhr-uni

Michael Krätke (Amsterdam): Globaler Kapitalismus. Die lange Geschichte des großen Weltmarkts. Näheres: www.rote-ruhr-uni.org
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Anne-Frank-Kulturwochen

Wunderwaffenfabrik KZ Dora Mittelbau (inszenierte Lesung)
20.00 Uhr, Bochumer Kulturrat, Lothringer Str. 36

Bolzen & War System

Bolzen (politisch angetriebener Street-Punk der schnelleren Sorte aus Bremen), War-System (politisch/schnell genial/Bremen).
Eintritt: 4 Euro.
21.00 Uhr Druckluft, Oberhausen

Samstag, 16. November

Anne-Frank-Kulturwochen

„Liebe Anne ...“. Briefe an Anne Frank. Lesung mit SchülerInnen der Maria-Sibylla-Merian-Gesamtschule, Performance von B. Kasparek
20.00 Uhr, Bochumer Kulturrat, Lothringer Str. 36

Sonntag, 17. November

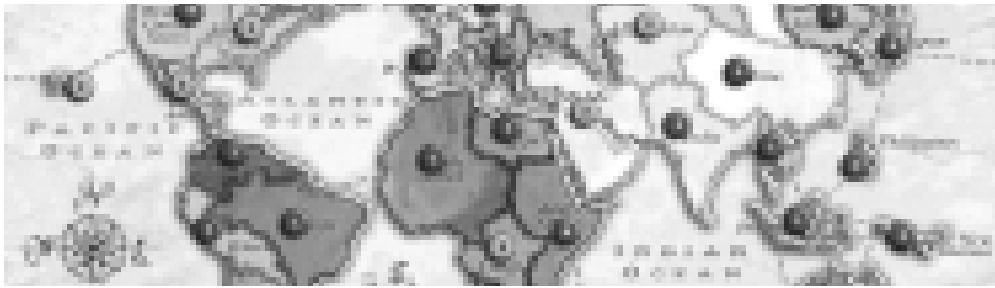
Kranzniederlegung an den Gräbern antifaschistischer Widerstandskämpfer

11.00 Uhr, Friedhof Freigrafendamm, Treffpunkt Haupteingang

Mittwoch, 20. November

Infoveranstaltung zu Serie sexueller Übergriffe

Veranstaltung vom Studidorf Laerheide.
19 Uhr, HZO 30, Ruhr-Uni-Bochum



Wem herkömmliche Urlaubsreisen zu eintönig sind, der begeben sich doch mal zur Abwechslung auf eine der seltenen Zusammenkünfte von Attacis*, Trotskis**, sonstiger GlobalisierungskritikerInnen und Gewerkschaften, allgemein Sozialforen genannt.

Kurzweil ist hierbei garantiert, wenn auch nennenswerte Begleiterscheinungen nicht verschwiegen werden sollen. Was gibt's alles auf solchen Foren, wie z.B. kürzlich in Florenz zu erleben? Da wäre als erstes die Anreise, denn Sozialforen gehören zu den seltenen Urlaubsorten, bei denen niemand vorher weiß, ob er oder sie auch ankommt. Schliesslich ist es genauso gut möglich, dass die Polizei des Herkunftslandes eine und einen als TerroristIn ansieht und nicht ausreisen lässt. Oder die des Ziellandes nicht einreisen. Oder ein Drittland nicht durchreisen. Einmal eingetroffen, bietet sich das von Demonstrationen in Deutschland altbekannte Gesellschaftsspiel „Schlag-dem-Trotski-die-Zeitung-aus-der-Hand“ an, welches aber oftmals wegen zahlenmäßiger Ungleichheit zu kurz kommen kann. Die Trotskis sind nämlich in der Überzahl. Natürlich sind aber auch Begegnungen mit den Größen der internationalen Schickeria wie José Bové, Hans-Peter Ströbele oder dem AstA-Vorsitzenden der Uni Bielefeld eine Bereicherung für jeden Urlaub.

Es gibt zwei Arten von Urlaubern, die mit und die ohne Palitücher, und erstere haben auch noch schwarz-rot-grün-weiße Fahnen dabei, offenbar die Farben des Reiseunternehmens. Auch die philosophische Sinnsuche kommt im Kulturprogramm nicht zu kurz: Die Entwicklung der Weltformel, beliebter Ferienspaß, macht beachtliche Fortschritte (Kapitalismus=Imperialismus=die anderen=Böse=Krieg=Bush-Sharon=Judenstern)=Hakenkreuz) und wird bereits mit Erfolg angewendet. Wie bei jedem netten Politurlaub darf natürlich auch demonstriert werden, und da die italienische Polizei wegen gewalttätiger Ausschreitungen ins Zwielicht geraten war, wird die Aufgabe der gewalttätigen Maßregelung von Demonstrationen nun von Ordnern der Organisationsleitung übernommen. Endlich mal ein Urlaub, bei dem das im Alltag entfremdete Subjekt zu den entscheidenden Fragen des Lebens findet: Wer ist hier eigentlich links? Und warum tut plötzlich alles so weh?

Bleibe noch das vielfältige Essensangebot zu erwähnen, welches alt und jung gleichermaßen erfreut: Dicke Bohnensuppe mit Wurst (Gewerkschaften), Gegrilltes Schwein (Autonome) und beinahe vegetarische Pasta mit Tuhnfischspuren (Attacis/Trotskis) lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass vegane, linke Süppchen im europäischen Urlaubskonsens ausgekocht haben. Unterm Strich bleibt ein zwiespältiger Eindruck: Einerseits ist es begrüßenswert, daß sich im paradiesisch schönen Florenz eine neue, starke, europäische Bewegung gegen das Unrecht (Bush, s.o.) dieser Welt bildet, andererseits sind Antiimps*** doch irgendwie doof. Und so ist diese Art von Extremurlaub letztlich nur hartgesottenen Politreisenden auf der Suche nach dem dauerndem Kick zu empfehlen, die anderen wären eher bereit, einen Aufpreis für Ferienaufenthalte ohne ständige „Intifada bis zum Sieg“-oder „Yankee go home!“-Bekundungen zu zahlen.

*Attacis wollen eine Tobin-Stuer. Das ist der bsz-Redaktion egal. Hier gibt niemand Geld für Tobin aus.

** Trotskis sind lästige Teenager die ihre Vereinszeitung oder Broschüren oder Busreisen verkaufen wollen. Stellen die Jugendabteilung von Attac.

*** AntiimperialistInnen finden „unterdrückte Völker“ (Palästinenser, Kurdinnen, Osama bin Laden) gut und die USA und Israel schlecht. Zum Glück im Aussterben begriffen. Stellen die Leichen im Keller von Attac.

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Noch nicht ganz wieder wer – Teil 2

Von genesenden Wesen

Da die Nestbeschmutzung dieses schönen Landes in der letzten Ausgabe der bsz auf einiges Unverständnis stieß, bleibt leider keine andere Wahl, als nochmals durchzuladen und zu erklären, wie Kriege gemacht werden.

Kriegsvorbereitungen und außenpolitische Eskalationen sind für „Bild“- und „WAZ“-LeserInnen nicht leicht zu erkennen. Schlechte Nachrichten, die nicht mit besonders ekligen Photos garniert den Voyeurismus bedienen oder zu einer wohlgeschauigen Weltuntergangsstimmung verhelfen, bringen bekanntlich kein Plus in die Kasse. „Stern-TV“ und „Spiegel“ sind auch keine echte Hilfe, und die Sabine von „Christiansen“ bereitet sowieso nur auf, was die so genannten Nachrichtenmagazine vorbereiten.

Ein eigenwilliger Diskurs läuft da ab, der noch nicht mal um die Frage kreist, welche konkreten deutschen Interessen in Serbien und Afghanistan durchgesetzt werden sollen. (Oder warum nicht auch „Besserverdienende“ mit einem Monatseinkommen von 10.000 Euro und mehr „krankenversicherungs-pflichtig“ sind, um mit ihren 19,9% das Loch in der Kasse zu stopfen). Merkwürdig auch, dass der Sozialhaushalt geschreddert und kein Zusammenhang zum Bundeswehr-Etat hergestellt wird ... (siehe Anmerkung 1).

„Ja, so war das, im vorletzten Krieg“

Dabei ist die Sache so einfach. Der letzte Verteidigungsminister, der mit zwei zuge-drückten Augen diese Amtsbezeichnung gerade eben noch verdiente, erließ im Jahre 1992 die bis heute gültigen „ver-teidigungspolitischen Richtlinien“, d.h. den Kampfbefehl an die Bundeswehr, „den ungehinderten Zugriff auf Res-sourcen und Rohstoffe im Ausland zu sichern“.

Diese Zielvorgabe schmeckt nur allzu sehr nach „Hinterhofpolitik“, die in diesem Falle jedoch nicht von den USA betrieben wird und Lateinamerika trifft, sondern von West- auf Osteuropa abzielt. Eine Kostprobe europäischer Kriegsbe-teiligung erhielt einer der erbittertsten

Kriegsgegner Nazi-Deutschlands, als sich ausgerechnet die Wehrmacht-Nachfolger nach 54 Jahren wieder auf Jugoslawien stürzten – natürlich nur aus „humanitären Gründen“ und um „ein zweites Auschwitz zu verhindern“ (beide Zitate: Joseph Fischer). Auf so eine schizo-phrene Begründung konnte die CDU nicht verfallen, sowas lag außerhalb ihres Horizontes. Die „friedensschaffende Maßnahme“ ließ das Lohnniveau der einkommensschwachen drei Viertel der Bevölkerung auf 10% des Vorkriegsniveaus sinken, nebenbei wurden die Sozialkassen zerbombt und etwa 50.000 Men-schen der Tod gebracht. Reichlich belohnt wurden dagegen fast alle Frankfurter Banken mit Filialen in Belgrad, Daimler-Chrysler und VW zogen endlich ihre Werke hoch und der deutsche Mittelstand verdiente am Kabellegen, Häuslembau und Gas-Wasser-Scheiße-Installa-tionen.

Dritte-Welt-Krieg

Was hier globalisiert wird, ist kriegerische Aggressivität. Bedingt wird sie durch einen gnadenlosen Konkurrenzkampf um Dienstleis-tungen und Absatzmärkte. Die hüben und drüben des großen Teiches zu verkaufenden Produkte müssen billig erzeugt werden, also in erster Linie aus billigen Vorprodukten her-gestellt und von HungerlöhnerInnen zusam-mengeschraubt, geerntet oder programmiert werden. Die schöne, glitzernde Warenwelt verschleierte mit äußerster Effizienz, dass der Computer, an dem dieser Artikel geschrieben wurde, von der Siliziumförderung über die Plastikproduktion bis hin zur Endmontage etwa 6000 Arbeitsstunden zu durchschnittlich 1,60 angolanischen Kwanza produziert wurde (was noch nicht mal 239,30 Afghani entspricht). Nur deshalb konnte Aldi den Rechner zu diesem Spottpreis verhökern.

Der Zwang zur globalen Billigproduktion lässt nicht nur Spekulations- und Finanzka-pital um die Erdkugel fliegen, sondern eben auch Arbeitsstätten: Die „Arbeitsplatz-Stand-orte“ konkurrieren um ihre nackte Existenz, mit anderen Worten verelenden die „Dritte Welt“-Länder mit jedem Tag mehr, und es nimmt kein Wunder, dass der Hass auf die „Erste Welt“ immer mehr zunimmt. Es geht nicht um religiöse Konflikte, die „Al-Q‘aida“ und sonstige Wahnsinnige auf ihre Art austragen, sondern um den Wahnsinn der „glo-balisierten“ – der von EU und USA gemachten – Gewalt, auf die Religion als Befreiungslehre

selbstverständlich aufsetzt. Krieg treibt die Perspektivlosen und Geplätteten nicht nur in die Kirchen sondern auch in die Moscheen. Was religiöser Fana-tismus bedeutet, konnte man auch in Deutschland während der Bundestags-wahl deutlich beobachten. Da freut's einen doch angesichts der 5%-Hürde. Wo kämen wir hin, wenn sich alle Rambo-Christen bewaffnen würden?

Welches Wesen lässt genesen?

Ich vergaß, genau das tun sie ja! Man muss nicht dem platten Anti-Amerika-nismus fröhnen, um einen tierischen Hals auf den Puritaner G. W. Bush zu kriegen. Zwar war auch Kohl ein Macht-mensch, wie es so viele gern wären, nur hat der amerikanische Präsident momentan mehr Mittel in der Hand als jeder dahergelaufene europäische Regierungschef. Die Aufholjagd Europas (ablesbar am deutschen Bundeshaushalt) gibt jedoch keinen Anlass zur Hohnung: Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, prognostiziert ein militärisches Gleichziehen in der Satellitenaufklärung, in der Raketen-abwehr und in „konventionellen“ Waffengattungen. Wozu die wohl gut sein sollen? Bekommt Europa und vor-neweg Deutschland die osteuropäischen Gebiete durch Land- und Betriebsauf-kauf unter wirtschaftliche Kontrolle (für irgendwas müssen der „Bund der Vertrie-benen“ und die „Schlesier“ ja gut sein), ist auch der ökonomische Backbone für militärische Hochrüstung hergestellt. Ab diesem Zeitpunkt bringt dann auch Aus-wandern nichts mehr. Innerhalb von 12 Jahren holen einen die Deutschen spä-testens zwischen Memel, Etsch und Nord-pol wieder ein.

Jorch Schönewerk

[1] Wie ein Kollege von der Arbeitslo-seninitiative „Werkschlag“ zur letzten Ausgabe der bsz richtig anmerkte, decken sich die Kürzungen im Haushalt für „Arbeit und Soziales“ fast mit der Summe, die das Kriegsministerium zugeschlagen bekam. Ich bitte meine ungenaue Recherche zu entschuldigen und bedanke mich für diesen wichtigen Hinweis. J.S.

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 13. bis 19. November -				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	Die „West-side“	Die „East-side“
MITTWOCH, 13.11.				
Lammhacksteaks mit einer Kräuter-Knob-lauch-Sauce, dazu Bratkart-offeln und ein Bohnensalat	Hähnchen-Knusperrolle mit brauner Champignon-Rahmsauce, dazu Farfalle Nudeln und Blumenkohl	Riesen-Rösti mit Broccoli und Käse überbacken, dazu eine Tomatensauce und ein Salat	Hühnerfleischragout in Champignonrahmsauce, Reis-Risotto und Möhren-Gemüse	(S) Schweineschnitzel mit einer Tomatensauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage
DONNERSTAG, 14.11.				
Rindergulasch in einer Rotweinsauce, dazu Maccaroni und ein Sommergemüse	Fischburger mit einer Remouladensauce, dazu Pommes frites und ein Tomaten-Gurken-Salat	Bami-Medaillon mit vegetarischer Rahm-sauce, Vollkorn-Kräuterreis und buntes Chinagemüse	(S) Schweinefleisch geschneitzelt in Paprika-rahm-Sauce, Tomaten-Spi-relli-Nudeln, Erbsengemüse	Geb. Champignonköpfe mit einer Kräutersauce, dazu Baguette-Brot und eine Salat-Beilage
FREITAG, 15.11.				
Hähnchenbrustfilet mit Tomate und Käse überbacken, Tomatensauce, Dampfkartoffeln und Salat	(S) Schweinegeschnetzeltes in einer Roggensaue, dazu Reis und ein Rosenkohl-gemüse	Gemüsefrikadelle in einer Roggensaue, dazu Vollkornnudeln und ein Balkangemüse	Gebackene Fisch-Nuggets mit Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und eine erfrischende Salat-Beilage	Kartoffel-Puffer mit Brot, dazu Apfelsmus (Aus biologisch kontrollier-tem Anbau)
MONTAG, 18.11.				
(S) Grouperintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu Fleisch-bällchen	Putenmedaillon mit einer Tomatensauce, dazu Spaghettini und ein Salat	Tofusteak mit einer Roggensaue, dazu Vollkornreis und ein Balkangemüse	Spinat-Auflauf mit Häsauce und einer Salat-Beilage (Beilagen biol. kontr. Anbau)	Geflügelsteak mit Champignonrahmsauce, dazu Butterreis und Broccoli
DIENSTAG, 18.11.				
(S) Schweineschulterbraten mit einer Malzbiersauce, dazu Maccaroni und ein Rosenkohl-gemüse	Hähnchenbrustfilet mit Tomate und Käse über-backen, Tomatensauce, Bratkartoffeln und ein Salat	Soja-Bolognese mit einer Tomatensauce, dazu ein Eisbergsalat	(S) Schweinefleisch, süß-sauer, Tofu mit gehack-tem Schweinefleisch, Pilz-panne und Wantan-Suppe	Rindergulasch mit bunten Spiralnudeln und Rotatouillegemüse (Beilagen aus biol. kontr. Anbau)